

#SPDfor1Point5 – Unsere Forderungen für Klimagerechtigkeit - jetzt!

Warum wir für Klimagerechtigkeit kämpfen

Stürme, Dürren, Brände: Laut Weltwetterorganisation tritt Extremwetter heute vier- bis fünfmal häufiger auf als noch in den 1970er-Jahren. Bei der Flutkatastrophe im vergangenen Juli kamen in Deutschland knapp 200 Menschen ums Leben, das Hochwasser verursachte Schäden in Milliardenhöhe.

Der menschengemachte Klimawandel und seine Auswirkungen gehören längst zu unserem Alltag.

Die Welt hat erkannt, dass es so nicht weitergehen darf. 2015 haben 194 Staaten und die Europäische Union deshalb das Pariser Klimaabkommen verabschiedet. Deutschland steht seither in der Pflicht, das darin festgeschriebene 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Heute aber warnen Forscher:innen des *Intergovernmental Panel on Climate Change*: Bereits 2030 könnte sich der Planet im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter um 1,5 Grad erwärmt haben – deutlich schneller also, als man bisher angenommen hatte. Die globale Erwärmung ist leider nicht mehr zu stoppen, sie zu begrenzen ist aber immer noch möglich!

Die Zeit ist knapp. Zu Recht organisieren sich mit *Fridays for Future* weltweit Jugendliche, denn ihre Zukunft steht auf dem Spiel. Viel zu lange wurde entschlossene Klimapolitik von konservativen Kräften blockiert. Wir Sozialdemokrat:innen wollen nicht zulassen, dass der Klimawandel Ungerechtigkeiten verursacht und verschärft. Menschen mit geringen Einkommen hier in Europa und insbesondere im globalen Süden sind die Hauptbetroffenen einer gescheiterten Klimapolitik.

Die nächsten Jahre entscheiden darüber, ob uns der Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft gelingt. Wir haben dafür einen Plan.

Wovon wir überzeugt sind

Die Klimakrise ist eine Gerechtigkeitskrise. Und Klimaschutz ist zu allererst ein gewaltiges Industrieprojekt. Wir wehren uns dagegen, die Verantwortung für den Klimaschutz auf Einzelpersonen abzuwälzen. Wenn Menschen ihr Verhalten klimabewusst ändern, beispielsweise ihren Fleischkonsum reduzieren oder vom Auto auf die Bahn umsteigen, ist das zwar ein wichtiger Beitrag. Gleichzeitig wissen wir, dass die Klimakrise nur bewältigt werden kann, wenn wir unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen. Wir stehen vor einer neuen industriellen Revolution.

Gerade einmal 20 Firmen sind für ein Drittel der weltweiten CO₂- und Methan-Emissionen seit 1965 verantwortlich, allen voran Großunternehmen der Öl- und Gasindustrie und weiteren Teilen der Energiebranche. Deutschland muss eine Vorbildrolle einnehmen und

den European Green New Deal weiterentwickeln - also massive Zukunftsinvestitionen und die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze in einer dekarbonisierten Wirtschaft ermöglichen.

Wie eine verfehlte Politik Arbeitsplätze vernichten kann, hat Deutschland in der Solarindustrie erlebt. Die rot-grüne Bundesregierung sorgte Anfang der 2000er dafür, dass Deutschland zum Weltmarktführer aufstieg. Dank Schwarz-Gelb gingen später in der deutschen Solarbranche viermal mehr Jobs verloren, als heute noch Menschen in der Braunkohleindustrie beschäftigt sind. Wir kämpfen deshalb für eine Politik, die gute Arbeit und konsequenten Klimaschutz nicht als Gegensätze versteht. Vielmehr sehen wir eine gescheiterte Klimapolitik als große Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Unsere Klimapolitik orientiert sich am CO₂-Budget. Dieses bezeichnet die CO₂-Emissionen, die von der Menschheit noch verursacht werden dürfen, um eine globale Erwärmung von 1,5 Grad nicht zu überschreiten. Schätzungen des Weltklimarates besagen, dass Deutschland dementsprechend rückwirkend ab 2020 noch 4,2 Gigatonnen CO₂ ausstoßen darf. Wir möchten dieses nationale Budget mit Wissenschaftler:innen rückkoppeln, vom Budget Emissionsminderungsziele ableiten und klimapolitische Entscheidungen künftig daran messen. Die Bundesrepublik muss deshalb bis spätestens 2035 Klimaneutralität erreicht haben.

Was wir wollen

1. Sozialwende

Als Sozialdemokrat:innen sehen wir im Klimaschutz enorme Chancen: Kluge Klimapolitik sichert und schafft Jobs, höhere Löhne sowie gute Arbeitsbedingungen. Dafür braucht es jetzt mutige Entscheidungen. Die 2020er Jahre müssen ein Investitionsjahrzehnt werden – investieren in klimaneutrale Industrieanlagen, Energieversorgung, Mobilität, Gebäudesanierung und Wasserstoffinfrastruktur. So werden tausende neue Arbeits- und Ausbildungsplätze entstehen. Gleichzeitig stehen die Beschäftigten in klassisch energieintensiven Branchen, wie der Stahl- und Elektroindustrie, vor großen Herausforderungen. Wir wollen dabei niemanden alleine lassen, sondern die Aufgaben als Gesellschaft solidarisch schultern. Beschäftigte in diesen Industrien sollen weiterhin von sicheren Jobs profitieren und ihren Lebensstandard halten und verbessern können. Deswegen fordern wir ein Recht auf Weiterbildung verknüpft mit einer Einkommensgarantie – ein erster Schritt in diese Richtung ist das Transformationskurzarbeiter:innengeld. Dieses soll durch die Agentur für Arbeit an Beschäftigte ausgezahlt werden, wenn ein Unternehmen Arbeitsplätze erhält und dabei Kurzarbeit mit beruflicher Qualifizierung verbindet.

Anfang 2021 wurde in Deutschland ein nationaler CO₂-Preis auf fossile Brennstoffe im Wärme- und Verkehrsbereich eingeführt - zunächst mit 25 Euro pro Tonne CO₂, dieser Preis soll schrittweise erhöht werden, bis 2025 55 Euro pro Tonne fällig werden. Die CO₂-Bepreisung halten wir für ein wichtiges und effektives Instrument, um Treibhausgasemissionen zu senken. Sie kann aber auch Ungerechtigkeiten verschärfen, weil sie regressiv wirkt, also insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen belastet. Das möchten wir ändern.

Damit er eine stärkere Steuerungswirkung entfaltet, wollen wir den CO₂-Preis bereits ab dem 1. Januar 2023 spürbar erhöhen, nämlich auf 80 Euro pro Tonne. Dazu soll der CO₂-Preis in jährlichen Abständen um 20 Euro erhöht werden, das Ziel ist ein CO₂-Preis von 180€ bis zum Jahr 2030. So steigt der Anreiz für klimaschonendes Verhalten. Diese Erhöhung muss aber sozial abgefedert werden: Zunächst durch die Finanzierung der EEG-Umlage aus dem Staatshaushalt und die Senkung der Umsatzsteuer auf Strom und der Stromsteuer - perspektivisch auf den EU-Mindestsatz. Darüber hinaus durch die vollständige Rückerstattung der Einnahmen des CO₂-Preises an die Bürger:innen und die jährliche Auszahlung einer Pro-Kopf-Klimaprämie. Ergänzend soll ein Klimawohngeld dafür sorgen, dass sich Wohngeldempfänger:innen auch neue oder sanierte Wohnungen leisten können, die zwar teurer, aber energiesparender sind als ältere.

Die Pendler:innenpauschale wollen wir in ein Mobilitätsgeld umwandeln. Die geltende Pauschale von 30 Cent pro Kilometer Entfernung zum Arbeitsplatz reduziert das zu versteuernde Einkommen - wer viel verdient, profitiert mehr. Das Mobilitätsgeld von 30 Cent pro Entfernungskilometer soll hingegen direkt von der Steuerlast abgezogen werden. Der finanzielle Vorteil für Besserverdienende würde damit zugunsten der Geringverdienenden aufgehoben.

2. Energiewende

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat in Deutschland Anfang der 2000er einen Boom ausgelöst. Der Anteil von Erneuerbaren im Stromsektor ist von 7 auf 46% im Jahr 2020 angewachsen. Doch der Trend stockt: Während in Rekordjahren bis zu 8 Gigawatt neue Photovoltaik- und über 5 Gigawatt Wind-Onshore-Anlagen errichtet wurden, waren es in den letzten Jahren gerade einmal die Hälfte im Solarbereich und nur noch ein Bruchteil bei Windenergie an Land.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien braucht im wahrsten Sinne des Wortes mehr Power. Bis 2030 benötigt Deutschland Schätzungen von *Agora Energiewende* zufolge 150 Gigawatt Photovoltaik, 80 Gigawatt Wind Onshore und 25 Gigawatt Wind Offshore. Damit klimaneutrale Technologien wie E-Fahrzeuge, Wärmepumpen und Industrieverfahren durch Wasserstoff auch ihre klimaschonende Wirkung entfalten, darf der benötigte Strom nicht aus fossilen Kraftwerken kommen. Bis spätestens 2035 braucht Deutschland deshalb eine Stromversorgung, die sich zu 100% aus Erneuerbaren Energien speist.

Das bedeutet auch: Ein Kohleausstieg bis 2038 ist zu spät. Deutschland muss bis 2030 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Zur Wahrheit gehört: Der CO₂-Preis im europäischen Emissionshandel ist in jüngerer Vergangenheit stark angestiegen. Diesen Kurs gilt es fortzusetzen, dann wird sich 2030 der Betrieb von Kohlekraftwerken wirtschaftlich nicht mehr lohnen und von Erneuerbaren Energiequellen verdrängt. Als Sozialdemokrat:innen müssen wir ehrlich mit den Anwohner:innen von Kohleregionen wie der Lausitz umgehen: Die von der Bundesregierung beschlossenen Strukturwandelhilfen müssen schneller eingesetzt, gegebenenfalls erhöht und in Verkehrsinfrastruktur, den Aufbau neuer Industrien und Arbeitsplätze investiert werden. Die dortigen Unternehmen, Beschäftigten und durch Kohleabbau von Umsiedlung betroffenen Dorfbewohner:innen haben Planungssicherheit verdient. Zusätzliche Entschädigungen für Kraftwerksbetreiber:innen sind nicht erforderlich.

Am Atomausstieg halten wir fest.

Um mittelfristig nicht auf Strom aus fossilen Brennstoffen von unseren europäischen Nachbar:innen angewiesen zu sein, braucht es einen Neustart beim Ausbau Erneuerbarer Energien.

Konkret müssen bis 2030 jährlich etwa 5 Gigawatt Windenergie an Land neu installiert werden, eine Verdreifachung gegenüber dem aktuellen Niveau. Um das zu erreichen, wollen wir deutlich mehr Flächen bereitstellen - und zwar durchschnittlich 2% der Landes- und Gemeindeflächen. Genehmigungsverfahren müssen dafür verkürzt und vereinfacht werden. Beispielsweise durch die bundesweite Einführung der sogenannten Schwarz-Weiß-Planung. Um die Akzeptanz der Windkraftanlagen in den Standortgemeinden zu stärken, wollen wir Teilhabe der Bürger:innen ausweiten. Zahlreiche Kommunen haben damit bereits positive Erfahrungen gemacht. Diese Erfahrungen wollen wir nutzen und Prozesse weiterentwickeln. Artenschutz wollen wir in Einklang mit der Windkraft bringen. Deshalb braucht es bundeseinheitliche Schutzabstände zu Brutplätzen sowie umfangreiche Artenschutzprogramme zur Sicherung gefährdeter Vogel- und Fledermausarten.

Windkraftanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern verlässlich und nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus Offshore-Anlagen ohne EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die Herstellung von grünem Wasserstoff. Zwar sind bis 2030 20 Gigawatt Leistung geplant, ein Großteil allerdings erst Ende des Jahrzehnts. Das ist zu langsam. Im selben Zeitraum müssen 25 Gigawatt erreicht werden. Um das zu schaffen, braucht es ausreichend Raum für Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss sichergestellt, die Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich angepasst werden: Wir schlagen vor, Konflikte in der Nutzung mit anderen Akteur:innen und zuständigen Verbänden zu lösen, also Vertreter:innen aus Schifffahrt, Militär, Fischerei und Naturschutz in die Planungen einzubeziehen. Außerdem soll Deutschland zügig in Verhandlungen mit Dänemark und den Niederlanden zur Umsetzung gemeinsamer Offshore-Projekte einsteigen.

Solarenergie ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier braucht es deutlich mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in Deutschland installiert, bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig. Grundsätzlich gilt: Versiegelte Flächen vor! Wir wollen deshalb eine Solarpflicht für Neubauten sowie Dachsanierungen bei Wohn- und Nichtwohngebäuden inklusive Parkplätzen einführen. Innovative Formen wie Fassaden-, Lärmschutzwand- und Agrarphotovoltaik wollen wir durch separate Einspeisetarife fördern. Über die Standorte von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen die Kommunen künftig allein entscheiden und von den Ländern fachliche Unterstützung bei der Ausweisung erhalten. Allgemein wollen wir zur Direktförderung zurückkehren, um den Ausbau deutlich zu beschleunigen. Es braucht jährliche Mindestausbauziele statt Höchstgrenzen: Bei Zielverfehlung steigen die Einspeisevergütungen, bei Zielerreichung sinken sie - so erreichen wir den nötigen Ausbau sicher und zu ökonomisch opportunen Kosten.

Ohne Netzausbau geht gar nichts. Doch dieser kommt aktuell nur schleppend voran. Schwerfällige Planungsverfahren und rechtliche Hürden führen sogar dazu, dass fossil

betriebene Kraftwerke als "staatliche Reserve" länger als nötig in Betrieb bleiben. Um gegenzusteuern, müssen Übertragungsnetze so geplant und gebaut werden, dass sie insbesondere den zusätzlichen Strom aus Offshore-Windparks zuverlässig transportieren können. Batteriespeicher sollen bei der Stabilisierung des Netzes unterstützen. Auch die Digitalisierung der Übertragungs- und Verteilnetze muss vorangetrieben werden – die Netzauslastung kann beispielsweise durch intelligente Betriebssysteme stark verbessert werden. Dafür wollen wir den flächendeckenden Einbau intelligenter Stromzähler („Smart Meter“) nicht erst bis 2032, sondern bereits bis 2025 erreichen.

Einzelne Erneuerbare Energien sind nicht 24/7 gleichbleibend verfügbar: Sie sind "Teamplayer", ergänzen sich und machen fossile Energieträger überflüssig – solange für ausreichend Speicher gesorgt wird. Power-to-X bezeichnet verschiedene Technologien zur Umwandlung und Speicherung von Stromüberschüssen, wenn zum Beispiel die Sonne im Breisgau mal wieder tagelang scheint oder an der Nordseeküste eine steife Brise weht. Diese Überschüsse können bei Bedarf abgerufen werden, beispielsweise an bewölkten und windstillen Tagen. In Forschung und Entwicklung von Power-to-X-Anlagen fließen bereits heute hohe Fördersummen aus Deutschland und Europa, aber ihr Betrieb ist dennoch häufig zu teuer. Damit diese Speicher reifen und billiger werden, müssen sie jetzt im großen Stil eingesetzt werden. Deshalb wollen wir nicht nur die Forschung, sondern auch den Betrieb solcher Anlagen staatlich fördern.

Wir wollen, dass die Energiewende aufs Konto der Bürger:innen einzahlt und ihnen mehr Mitbestimmung eröffnet. Landauf, landab gibt es bereits vorbildliche Projekte von Engagierten, die die Energiewende vor Ort selbst in die Hand nehmen. Wir möchten Ansätze wie Bürger:innenwerke, Energiegenossenschaften und Mieter:innenstrommodelle fördern. Ihre Rahmenbedingungen sollen verbessert, ihre Gründung vereinfacht werden - beispielsweise durch Unterstützung von Stadtwerken. Mit Dächer-Pachtmodellen durch Stadtwerke kann das gesamte Potenzial an privaten Dachflächen für die Allgemeinheit sinnvoll genutzt werden. Unser Ziel lautet, die Energiewende so dezentral wie möglich zu organisieren und somit die Identifikation der Bürger:innen mit Solarparks, Onshore-Windkraftanlagen etc. zu erhöhen.

3. Wärmewende

Im Gebäudesektor gab es selbst im Corona-Jahr 2020 kaum nennenswerte Fortschritte. Dabei bräuchte es diese dringend: Ab 2021 müssen im Bereich Gebäudewärme jährlich mindestens 5,5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) muss umgehend erfolgen, nicht erst – wie ursprünglich geplant – 2023. Das GEG wollen wir dahingehend anpassen, dass ab 2023 im Neubau und Bestand der Einbau von fossilen Öl- und Gasheizungen grundsätzlich nicht mehr zulässig ist und Neubauten den KfW-40-Effizienzstandard erfüllen. Außerdem muss der energetische Standard für Neubau bei KfW 40 und für Sanierungen bei KfW 70 liegen. Bei den Neubauten hat die Bundesregierung bereits vorgelegt. Für die Förderung von energetischer Gebäudesanierung und erneuerbarer Wärme in Gebäuden möchten wir die "Bundesförderung effiziente Gebäude" auf 12 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen. Klimaschonende Alternativen wie Solarthermie, Wärmepumpen und Holzpellets bringen wir damit schneller in die Wohnungen und Häuser.

Für Haushalte mit niedrigen Einkommen wollen wir eine erhöhte Förderung für den Austausch von Öl- und Gasheizungen ansetzen. Außerdem möchten wir die Heizkostenverordnung so verändern, dass die CO₂-Preis-bedingten Mehrkosten fürs Heizen nicht mehr auf Mieter:innen umgelegt werden dürfen.

Fern- und Nahwärme aus klimaschonenden Energieträgern hat großes Potenzial. Die Länder sollen deshalb zur Durchführung kommunaler Wärmeplanungen für alle Gemeinden ab 20.000 Einwohner:innen verpflichtet werden. Hierdurch können Fern- und Nahwärmenetze deutlich besser geplant werden. Durch den verstärkten Einsatz von Großwärmepumpen, Solar- und Geothermie, industrieller Abwärme und grünem Wasserstoff wollen wir den Anteil klimafreundlich erzeugter Wärme bis 2030 mindestens verdoppeln.

Es sind vor allem zwei Faktoren, die einer zügigen Wärmewende und der von uns angestrebten Steigerung der Sanierungsquote auf 4% im Wege stehen: Zum einen fehlen hunderttausende Handwerker:innen im Sanierungsbereich. Dem wollen wir mit einer sozialen und finanziellen Aufwertung dieser Berufe und einer bundesweiten Ausbildungsoffensive und -förderung, entgegenwirken. Die Umsatzsteuer auf Leistungen im Sanierungsbereich soll gesenkt werden.

Außerdem muss das Thema mehr an die Menschen herangetragen werden. In allen Kommunen muss eine niedrigschwellige kostenlose aufsuchende Energieberatung ermöglicht werden und die Plankosten bei Erstellung individueller Sanierungspläne werden zu 100% erstattet. Gleichzeitig fördern wir Pilotprojekte zur seriellen Sanierung.

4. Verkehrswende

“Autogerecht” sollten sie sein: Mitte des 20. Jahrhunderts orientierte sich die Stadtplanung vor allem am motorisierten Individualverkehr. Das hatte gute Gründe - passt aber nicht mehr in unsere Lebensrealität. Die Mobilität der Zukunft muss klimaschonend gedacht werden und den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Dafür soll ein neues Bundesmobilitätsgesetz sorgen - dieses beinhaltet Ziele für mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Lebens- und Aufenthaltsqualität in Städten und Dörfern.

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) ist ein wichtiges Planungsinstrument für Schiene, Straße und Wasserwege. Bislang folgt er der Logik, dort auszubauen, wo Engpässe zu vermuten sind. Das ist jedoch nicht zeitgemäß - im BVWP 2030 sind zahlreiche Aus- und sogar Neubauprojekte von Bundesfernstraßen enthalten. Klimaneutralität lässt sich so nicht erreichen. Wir fordern deshalb einen “Klimacheck” für den Bundesverkehrswegeplan: Sämtliche im BVWP gelisteten Projekte sollen darauf untersucht werden, ob sie klimaschonenden Verkehr fördern. Danach werden sie neu priorisiert oder aus den Bedarfsplänen gestrichen.

Ab dem Jahr 2030 wollen wir keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor mehr zulassen. Wir wissen, dass dies in Automobilhochburgen wie Baden-Württemberg und Niedersachsen zum Kraftakt wird. Doch wir sind überzeugt: Zum einen wird der klassische Verbrenner schon bald international nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Wer sich an diese Technologie von gestern klammert, riskiert, dass Deutschland seine führende Rolle in der

Autoindustrie verliert. Zum anderen sind fossile Verbrenner mit der Maßgabe Klimaneutralität bis 2035 nicht vereinbar. Automobilunternehmen, Zulieferbetriebe und vor allem die dort Beschäftigten sollen diesen Prozess mitgestalten. Wir wollen diese Gruppen bereits 2022 mit Vertreter:innen aus Politik und Umweltverbänden an einen Tisch bringen. Nach dem Vorbild der “Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung” (kurz: Kohlekommission) sollen sie gemeinsam Vorschläge mit einem von der öffentlichen Hand finanzierten wissenschaftlichen Beirat für einen sozialverträglichen Verbrennerausstieg erarbeiten.

Im Individualverkehr erweist sich E-Mobilität als effizient. Bis 2025 sollen mindestens 5 Millionen, bis 2030 mindestens 15 Millionen batterieelektrische PKW auf den Straßen unterwegs sein. Die Kfz-Steuer wollen wir so umbauen, dass sich der Kauf eines E-Autos gegenüber dem eines Verbrennerfahrzeugs spürbar finanziell lohnt. Mit einem neuen Masterplan Ladeinfrastruktur wollen wir ein Kernproblem der E-Mobilität schnell beseitigen: Fehlende Lademöglichkeiten, insbesondere in ländlichen Gebieten. Wir wollen unter dem Stichwort Sektorenkopplung – also der Vernetzung aller Bereiche der Energiewirtschaft – das volle Potenzial der E-Mobilität nutzen. So eignen sich batterieelektrische Fahrzeuge zur Zwischenspeicherung von überschüssigem Strom.

Grüner Wasserstoff soll bedacht im Langstrecken- und Schwerlastverkehr eingesetzt werden. Seine Produktion ist sehr stromintensiv, außerdem wird er im Industriesektor dringender gebraucht als im Verkehrsbereich.

Das eigene Auto ist auf Pendelstrecken, für die Arbeit und viele andere Situationen wichtig. Um die Verkehrswende zu schaffen, wollen wir das Privatfahrzeug wie auch Kurzstreckenflüge Schritt für Schritt überflüssig machen. Car-, Bike- und sonstige Sharing-Angebote wollen wir ausweiten. Gerade im ländlichen und vorstädtischen Raum sollen die Kommunen, Landkreise und Stadtwerke dafür zusammen Konzepte entwickeln.

Wir fordern eine Schienenoffensive. Deutschlands Bahninfrastruktur befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Das bedingt Verspätungen, Störungen an Fahrzeugen, Oberleitungen und Gleisen. Zwar wurden die Bundes-Investitionen in den letzten Jahren deutlich angehoben, im europäischen Vergleich hinkt Deutschland dennoch hinterher: 2020 steckte Deutschland 88 Euro pro Bürger:in ins Schienennetz. Norwegen 228, die Schweiz 440, Luxemburg gar 567 Euro. Deutschland darf den Anschluss nicht verlieren und muss bei den Investitionssummen nachziehen. Um mehr regionale Schienenprojekte zu ermöglichen, muss endlich die standardisierte Bewertung radikal verbessert werden, die für die Finanzierung durch Bund und Land Voraussetzung ist. Hierzu müssen u.a. Klimaschutzaspekte eine höhere Priorität erhalten. Das Schnellzug-, aber auch das Nachtzugnetz muss massiv ausgeweitet und aufgebaut werden. Privatisierung im Schienenverkehr halten wir für falsch und streben an, den Bahnbetrieb wieder vollständig zu verstaatlichen. Auch Unternehmen brauchen wieder Gleisanschlüsse. Bestehende gilt es zu reaktivieren und europaweit auszubauen. Der europäische Lang- und Mittelstrecken-Güterverkehr muss bis 2040 vollständig auf die Schienen verlagert werden.

Bus- und Bahnfahren ist oft mehr Abenteuertrip als verlässlicher Transport. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver machen. Die Taktung von Bussen und Bahnen soll dauerhaft erhöht werden. In Großstädten soll der 5-Minuten-Takt die Regel sein, in

Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in ländlichen Gebieten mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem möchten wir zwischen 5 und 24 Uhr eine Mobilitätsgarantie einführen: In diesem Zeitraum sollen ÖPNV-Angebote an allen Wochentagen überall nutzbar sein. Um das zu realisieren, setzen wir neben klassischen Fahrplänen auf "On-Demand-Services" – telefonisch oder via App können so bei Bedarf beispielsweise Kleinbusse und Ruftaxen bestellt werden.

Wir kämpfen für einen ticketlosen, also komplett gebührenfreien Nahverkehr. Als Zwischenschritt befürworten wir 365 Euro-Jahrestickets pro Bundesland und vergleichbare Modelle. So schonen wir das Klima - und den Geldbeutel.

Kommunen wollen wir zur Finanzierung des ÖPNV eine weitere Einnahmequelle ermöglichen: Eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen mit 10 oder mehr Mitarbeiter:innen. Der Sockel dieser Abgabe soll nach französischem Vorbild mindestens 1,05% des Bruttolohnaufkommens eines Betriebes betragen. Je nach Bedarf können Kommunen diese Abgabe durch weitere Maßnahmen ergänzen. Durch die einheitliche Ordnung wird ein Race to the bottom und ein Abhängen strukturschwacher Regionen unterbunden. Außerdem muss die Kofinanzierung des ÖPNV von Bund und Ländern deutlich erhöht werden.

6. Naturwende

Neben den verschiedenen Stellschrauben in unserer Infrastruktur, unserer Wirtschaftsweise, unserer Energieversorgung, der Mobilität und allen anderen vom Menschen erfundenen Systemen benötigen wir auch ein neues Verhältnis zur Natur. Reines Einsparen von Co₂-Emissionen wird für das Einhalten der 1,5°C-Grenze kaum ausreichen. Zusätzlich zu diesen Anstrengungen braucht es einen anderen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und Ökosystemen.

Jährlich werden gesamt 44 Millionen Tonnen Co₂-Äquivalente aus entwässerten Moorböden freigesetzt. Dies entspricht ca. 5% der gesamten Co₂-Emissionen in Deutschland. 37 der 44 Millionen Tonnen stammen aus Flächen die landwirtschaftlich genutzt werden. Diese sind jedoch nicht sehr fruchtbar und eine Bewirtschaftung würde sich ohne Agrarsubventionen kaum lohnen. Hier gilt eine doppelte Anstrengung, einerseits indirekt klimaschädliche Subventionen erkennen und beenden und andererseits die Moorflächen renaturieren.

Ein weitere Schlüssel für Co₂-Senken sind die Wälder mitsamt ihrer Biomasse. Aktuell befindet sich die Hälfte des Waldes in Deutschland in Privatbesitz. 13% des gesamten Bestandes in Betrieben mit über 1000 Hektar Fläche. Diese setzen meist auf Nadelholzmonokulturen für die Forst- und Holzwirtschaft. Dies hat jedoch eine Abnahme der Artenvielfalt und Biodiversität zur Folge, welche langfristig die CO₂-Kompensationsleistung und Klimafunktion der Wälder stört. Um das zu Ändern, muss die Waldpolitik eng mit den EU-Richtlinien zur Artenvielfalt verzahnt werden. Auch müssen Privatisierungen von Waldflächen verhindert und Rückkäufe verstärkt werden. Auch das Ziel von 5% Naturwald bis 2020 in Deutschland wurde mit aktuell 2,8% krachend verfehlt, obwohl sich sogar ein Großteil der Waldbesitzer*innen für mehr Naturschutzmaßnahmen aussprechen. Um die Naturwaldflächen zu erweitern braucht es Quoten für die

Forstwirtschaft um dezentral Naturwaldstücke auszubauen. Wälder in öffentlicher Hand können in zweckgebundene Stiftungen der öffentlichen Hand übertragen werden, welche den Unterhalt und die Pflege der Flächen hin zu Naturwäldern und Wildnisflächen mit höherer Co2-Kompensationsleistung sicherstellen.

Ackerbau und Viehzucht machen aktuell mit 8,2% der gesamten Co2-Emission einen der größten Sektoren aus. Die dort ausgestoßenen Gase sind meist um ein vielfaches klimaschädlicher wie Co2, weshalb geringere Mengen einen viel höheren Schaden ausrichten. Eine starke Treiberin der aktuellen Agrarindustrie ist die Subventionspolitik welche oft als Flächenprämie ohne weitere Betrachtung der Anbaumethoden ausgezahlt wird. Um hier eine Veränderung anzustoßen, brauchen wir eine progressive Agrarpolitik: Keine öffentlichen Gelder ohne öffentliche Leistungen. Damit wollen Landwirt*innen belohnt werden die klimaverträglich anbauen und sich auch sonst um die Sicherung und Förderung von Boden, Wasser, Klima, Biodiversität und Landschaft auf ihrem Land kümmern. Wichtig ist hierbei Nahrungsmittelpreise bezahlbar zu halten und dem Druck der Nahrungsmittelindustrie auf Erzeuger*innen und Verbraucher*innen nicht nachzugeben und falls nötig Nahrungsmittelpreise zeitweise festzuschreiben.

7. Industrierende

Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts verlangt eine Wirtschaftspolitik, die Betriebe wie Beschäftigte bei der Transformation unterstützt. Die Dekarbonisierung wird nur zum Erfolg, wenn auch die Energiewende gelingt, denn unsere Stromproduktion muss nicht nur klimaneutral geschehen, sondern auch für den steigenden Stromverbrauch der Industrie ausgebaut werden. Manche Industrieanlagen werden bald einen Offshore-Windpark für sich alleine brauchen. Darauf muss kluge Wirtschaftspolitik vorausschauend reagieren.

Grund für den steigenden Strombedarf ist vor allem die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger in der Industrieproduktion. Damit dieser auch klimaneutral erzeugt wird, wir also von "grünem Wasserstoff" sprechen können, bedarf es einer neuen Wasserstoffstrategie. Eine Wasserstoffstrategie 2.0 muss Bedarfe ehrlich erfassen, entsprechende Ziele formulieren und letztlich zu deren Umsetzung beitragen. Dabei spielen neben der Produktion auch Transport und Lagerung eine zentrale Rolle. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu gering geschätzt und so wichtige Zeit verloren. Mit der Stromlüge muss nun Schluss sein und das Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

Aber auch an der Substanz der deutschen Industrie werden massive Veränderungen nötig. Mehr als die Hälfte aller energieintensiven Industrieanlagen werden neu gebaut werden müssen. Damit Industrieabwanderung vorgebeugt und Lock-In-Effekte verhindert werden können, müssen die entsprechenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Ein Mittel dafür können Klimaschutzverträge bzw. "Carbon Contracts for Difference" sein. Solche Verträge zwischen dem Bund und einem Unternehmen sorgen für Planungssicherheit, minimieren Risiken und beschleunigen den Wandel zur klimaneutralen Wirtschaft. Für Anschaffung und Betrieb klimaneutraler Technologien wird

eine feste Prämie pro vermiedener Tonne CO₂-Äquivalente festgelegt, die CO₂-Vermeidungskosten gegenüber klimaschädlichen Referenzinvestitionen kompensiert. Kurzum: Klimaschutzverträge kurbeln Investitionen in klimaneutrale Industrieanlagen massiv an. Ändern sich die Rahmenbedingungen während der Vertragslaufzeit, beispielsweise durch steigende CO₂-Preise, wird der Vertrag entsprechend angepasst. Das Schließen solcher Klimaschutzverträge muss dabei an Faktoren wie dem CO₂-Vermeidungs- und Transformationspotential gemessen werden.

6. Finanzwende

An der Finanzierung darf ein klimaneutrales Deutschland nicht scheitern. Diese industrielle Revolution verlangt deshalb eine Finanzpolitik, die mutig anpackt. Die dafür notwendigen Mittel können Bund und Länder vielfach aus ihren Steuereinnahmen decken. Wo das nicht der Fall ist, muss sich unsere Fiskalpolitik den Anforderungen anpassen.

Das Halten der schwarze Null wäre eine Gefahr für Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland. Auch die Schuldenbremse gehört abgeschafft. Die Schuldenquote ist aussageschwach und kein geeignetes Mittel, um eine vorausschauende Finanzpolitik zu betreiben. Genauso sollte Schuldenkontrolle durch Strukturpolitik erfolgen und nicht durch das Haushaltssaldo. Solange deutsche Fiskalpolitik aber im Rahmen der Schuldenbremse agieren muss, wollen wir jeden vorhandenen Spielraum nutzen. Die einfachgesetzlich definierte Konjunkturkomponente der Schuldenbremse wollen wir deshalb reformieren und auf tatsächliche Vollbeschäftigung ausrichten. Dazu gehören auch zweckgebundene Nebenhaushalte. Diese sollen vom Finanzausschuss und dem Umweltausschuss kontrolliert werden, damit Zweckbindung und demokratische Kontrolle gewährleistet sind. So schaffen wir Möglichkeiten für Investitionen in sichere, klimaneutrale Jobs.

Wer sich in diesem Zusammenhang als Vorkämpfer:in der Generationengerechtigkeit inszeniert und deshalb Neuverschuldung ablehnt, verkennt die gewaltige Herausforderung, vor der wir als Menschheit stehen. Gerade die Flutkatastrophe im Juli hat noch einmal ausdrücklich gezeigt, dass eine gescheiterte Klimapolitik immaterielle Schäden anrichtet, die nicht finanziell aufzuwiegen sind - wie der Verlust von Freund:innen und Verwandten. Gleichzeitig stehen auch materielle Schäden von sieben Milliarden Euro im Raum. Wir wissen, dass sich solche Ereignisse in Zukunft häufen werden. Je weniger wir für den Klimaschutz tun, desto stärker. Auch bilanziell ist eine Politik der fiskalischen Zurückhaltung also alles andere als sinnvoll.

Um beim Klimaschutz den Turbo einzulegen, sind schon 2022 weitere Investitionen notwendig. Es braucht einen Klimahaushalt, der über Investitionsfonds mindestens 30 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stellt, als bisher geplant.

Der einfachste Weg, um Mittel für Investitionen in ein klimaneutrales Deutschland zu gewinnen und gleichzeitig schon aktiv etwas für den Klimaschutz zu tun, liegt im Abbau der klimaschädlichen staatlichen Subventionen, insbesondere der Kerosinsteuerbefreiung, der Entfernungspauschale oder des Dieselprivilegs. Allein auf Bundesebene sind das pro Jahr über 50 Milliarden Euro. Erfasst sind also genauso wenig Subventionen der Länder und Kommunen wie nicht-finanzwirksame also indirekte

Subventionen beispielsweise durch Bürgschaften. Um das 1,5-Grad-Ziel zu halten, müssen alle Formen klimaschädlicher Subventionen abgebaut werden. Darüber hinaus müssen auch die staatlichen Entscheidungskriterien geändert werden. Hierfür ist es sinnvoll CO₂-Schattenpreise für die öffentliche Hand einzuführen. In diese Schattenpreise werden auch Klimafolgekosten miteinberechnet und vermeintlich teurere aber klimafreundlichere Investitionen und Lösungen werden günstiger. Somit werden CO₂-Emissionen vermieden. Für den privaten Sektor können durch die Änderung der Entscheidungskriterien auch die Klimafolgen von Investitionen berücksichtigt werden. In Anlehnung an das European Climate Law sollen Kredite an die Klimaverträglichkeit der jeweiligen Investition geprüft werden. Je schlechter die Klimabilanz der Investition ist, desto schlechter wird das Rating des jeweiligen Kredits. Auf diese Weise werden private Investitionen ebenfalls auf Klimaneutralität gelenkt.

8. Zeitenwende

Noch nie hat sich die gesamte internationale Gemeinschaft einer so großen Herausforderung gegenüber gesehen. Noch nie hat es eine einzige so große konzertierte Aktion benötigt, um das ganze globale Wirtschaftsgeschehen auf den Kopf zu stellen. Alle Staaten des Pariser Abkommens bekennen sich dazu die Erderwärmung auf 1,5° zu begrenzen, doch noch steuern wir auf +2,7° über dem vorindustriellen Zeitalter zu.

Deutschland muss deshalb auch international sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um das Ruder herumzureißen. Olaf Scholz hat die Gründung eines Klimaclubs vorgeschlagen. In diesem Club schließen sich Staaten mit gemeinsamen Klimaschutzambitionen, um einheitliche Wettbewerbsbedingungen für eine klimaneutrale Umgestaltung der Industrie zu schaffen und so das Race-to-the-bottom bei Umweltschutzstandards zu beenden.

Wir fordern folgende Vereinbarungen durchzusetzen:

- gesetzlich festgeschriebene ambitionierte Zwischenziele zur Emissionsminderung in den teilnehmenden Staaten und eine Verpflichtung zur Klimaneutralität allerspätestens 2050
- ein gemeinsames Emissionshandelssystem
- verbindliche Standards für die umweltverträgliche Förderung von Rohstoffen und den Umgang mit sensiblen Ökosystemen, insbesondere Regenwäldern, Grünland, Mangroven und Meeren
- eine Kooperation im Bereich von Zukunftstechnologien, insbesondere zur Herstellung von grünem Wasserstoff, zu Energiespeichern sowie zur Nutzung und Abscheidung von Kohlenstoff (CCUS-Technologien)

Die Klimakrise hat aber auch eine historische Dimension. Denn die Staaten, die bereits heute am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, haben in der Vergangenheit die geringsten Emissionen gehabt. Die entwickelten Länder haben ihnen ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar verbindlich zugesichert, ohne jedoch diese Zusage einzuhalten. Deutschland muss als historisch viertgrößter Emittent von Treibhausgasen seiner Verpflichtung nachkommen und seinen Beitrag zur globalen Klimafinanzierung nochmals aufstocken.

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Wie wir morgen leben werden, entscheidet sich jetzt und wir sind der Überzeugung, dass wir die Kurve fürs Klima kriegen können. Doch dafür braucht es eine entschiedene Politik für sozial-gerechten Klimaschutz - und das gibt es nur mit der SPD.